

Soziale Schichtung: Niedrige Einstufung der Ostdeutschen: Wahrnehmung und Bewertung Sozialer Ungleichheit im Ost-West-Vergleich

Noll, Heinz-Herbert; Schuster, Friedrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

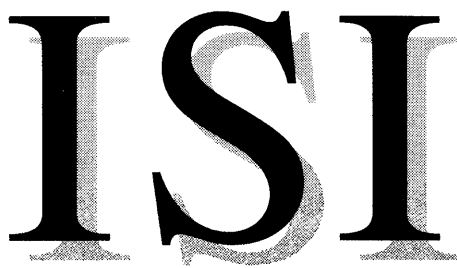
Noll, H.-H., & Schuster, F. (1992). Soziale Schichtung: Niedrige Einstufung der Ostdeutschen: Wahrnehmung und Bewertung Sozialer Ungleichheit im Ost-West-Vergleich. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 7, 1-6. <https://doi.org/10.15464/isi.7.1992.1-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>



Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 7
Januar 1992

Eine ZUMA
Publikation

Soziale Schichtung: Niedrigere Einstufung der Ostdeutschen

Wahrnehmung und Bewertung Sozialer Ungleichheit im Ost-West-Vergleich

Mit der deutschen Wiedervereinigung und der Integration der neuen Bundesländer sind Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung wieder stärker in den Blickpunkt des Interesses gerückt. Im Vordergrund steht dabei das Wohlstandsgefälle und die Ungleichheit der Lebensbedingungen zwischen Ost und West. Kaum minder bedeutsam sind aber auch die Konsequenzen für die Binnenstruktur sozialer Ungleichheit, die mit der Transformation der DDR und ihrer Integration in die Bundesrepublik verbunden sind. Für den Bereich der neuen Bundesländer ist zu erwarten, daß mit der Einführung der Marktwirtschaft nicht nur das Wohlstandsniveau steigen, sondern auch die Ungleichheit der bisher noch vergleichsweise homogenen Lebensverhältnisse zunehmen wird.

Inhalt

Soziale Schichtung: Niedrigere Einstufung der Ostdeutschen	1
Umwelt und Lebensbedingungen ...	6
Positive wirtschaftliche Entwicklung erwartet	7
Versorgungsmängel trotz Einkommenssteigerungen in der DDR	10
Die Älteren	14
Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung	15
Sozialstatistik und Sozialberichterstattung in und für Europa	16

Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags stehen verschiedene Aspekte der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Ungleichheit. Es wird untersucht, (1) welche Strukturen der sozialen Schichtung sich in Ost- und Westdeutschland auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten ergeben, (2) ob und inwieweit die gegenwärtige Verteilung der Ressourcen und Lebenschancen von der Bevölkerung als gerecht beurteilt wird und (3) wie sich die Einstellungen gegenüber der sozialen Ungleichheit und deren Legitimation im Westen und Osten Deutschlands unterscheiden. Die empirischen Analysen basieren auf den Daten der Basisbefragung der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), die in den Monaten Mai bis Juli 1991 durchgeführt wurde und sich erstmals auch auf die neuen Bundesländer erstreckt.

Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten oder auf einer vertikalen Status-Skala einstufen, lassen sich nicht nur zu einem Bild der Makrostruktur sozialer Ungleichheit zusammenfügen, sondern geben auch

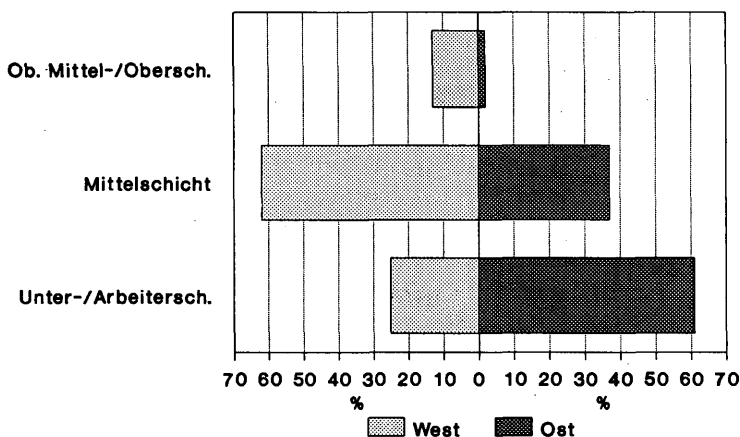
Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Gruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich als zugehörig betrachten und aus welcher Perspektive - als solche die oben oder unten stehen - sie in der Gesellschaft agieren und am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben partizipieren.

Die Frage nach der subjektiven Schichteinstufung gehört zum klassischen Repertoire der Umfrageforschung. In der Form, in der sie im ALLBUS verwendet wird, lautet die Frage: „Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu, der Unterschicht, der Arbeiterschicht, der Mittelschicht, der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht?“

Mittelschichtgesellschaft im Westen - Arbeitergesellschaft im Osten

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im

**Graphik 1: Subjektive Schichteinstufung
West- und Ostdeutschland**



Datenbasis: ALLBUS 1991

Ost-West-Vergleichsergebnisse sind eklatant. Faßt man die obere Mittel- und Oberschicht einerseits sowie die Unter- und die Arbeiterschicht andererseits wegen der geringen Besetzungszahlen in der untersten und höchsten Kategorie zusammen, ergibt sich eine Verteilung, die für die alten Bundesländer die typische Zwiebelform einer Mittelschichtgesellschaft und für die neuen Bundesländer die pyramidenförmige Schichtstruktur einer Arbeitergesellschaft aufweist (Graphik 1). Während sich 62 Prozent, d.h. nahezu zwei Drittel aller westdeutschen Befragten der Mittelschicht, aber lediglich ein Viertel der Arbeiterschicht zuordnen, stufen sich 61 Prozent der Ostdeutschen in die Arbeiterschicht und mit 37 Prozent nur wenig mehr als ein Drittel in die Mittelschicht ein. Auch der Anteil derjenigen, die sich mit der oberen Mittel- und Oberschicht identifizieren, ist im Westen mit 13 Prozent erheblich größer als im Osten, wo sich lediglich 2 Prozent der gesellschaftlichen Elite zurechnen.

Durch Unterschiede in der sozioökonomischen Struktur der Bevölkerung läßt sich die differentielle Schichtidentifikation nicht erklären. Fragt man sich, worauf die drastischen Ost-West-Unterschiede in der Zuordnung zu den verschiedenen sozialen Schichten zurückzuführen sind, könnte eine Erklärung darin liegen, daß der Begriff der Arbeiterschicht im Bereich der neuen Bun-

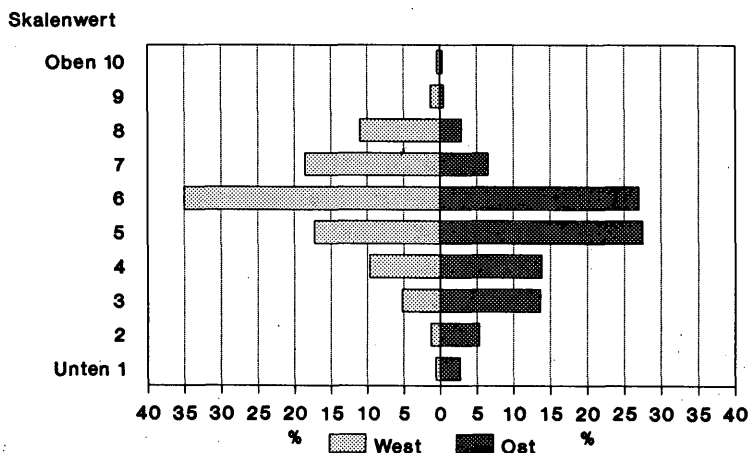
desländer andere Assoziationen weckt als im Westen und aufgrund der spezifischen DDR-Geschichte für einen größeren Teil der Bevölkerung Identifikationsmöglichkeiten bietet. Plausibler als diese Möglichkeit erscheint allerdings die Vermutung, daß die ostdeutsche Bevölkerung sich innerhalb des Schichtungsgefüges eines ver-

einigten Deutschlands subjektiv auf den unteren Rängen plaziert, weil sie sich primär mit der westdeutschen Bevölkerung vergleicht und sich ihr aus einer Gefühlslage der Unterprivilegierung und relativen Deprivation kollektiv unterordnet.

Westdeutsche oben, Ostdeutsche unten in der Statushierarchie

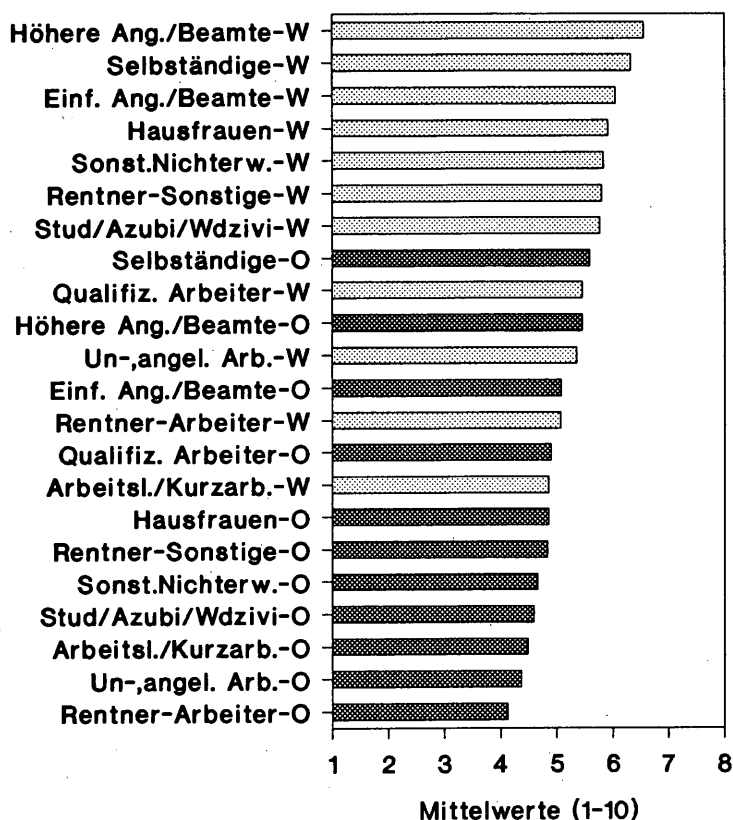
Für die Hypothese einer subjektiven Unterschichtung spricht auch die Einstufung auf der „Oben-Unten-Skala“. Anders als die subjektive Schichtidentifikation mißt diese Skala eindimensional die Position auf einer vertikalen Statusachse. Auf der von 1 bis 10 reichenden Skala stufen sich die Westdeutschen im Durchschnitt mit einem Wert von 5,9 um einen gesamten Skalenpunkt höher ein als die Ostdeutschen mit 4,9. Graphik 2 verdeutlicht, wie die Verteilung der Skalenwerte im Bereich der neuen Bundesländer gegenüber der im Westen nach „unten“ verschoben ist. Ob sich jemand in der gesellschaftlichen Hierarchie eher oben oder unten lokalisiert, hängt unter anderem auch von der beruflichen Qualifikation, dem Einkommensniveau und seiner sozialen Lage ab. Für den Bereich der neuen Bundesländer zeigt sich jedoch, daß es hier weniger die Merkmale des individuellen sozioökonomischen Status sind, die der Einstufung zugrundeliegen, als der kollektive Status, ein Ostdeutscher zu sein.

**Graphik 2: Oben-Unten-Einstufung
West- und Ostdeutschland**



Datenbasis: ALLBUS 1991

Graphik 3: Rangordnung Soziale Lagen nach Oben-Unten-Skala



Datenbasis: ALLBUS 1991

Zusätzlich untermauert wird die These einer kollektiven subjektiven Unterschichtung, wenn man die verschiedenen Kategorien der sozialen Lage in Ost und West nach ihrer Einstufung auf der „Oben-Unten-Skala“ hierarchisch ordnet. Die oberen Positionen innerhalb dieser Rangordnung werden ausschließlich von westdeutschen, die unteren dagegen ausschließlich von ostdeutschen Statusgruppen eingenommen (Graphik 3). Lediglich im mittleren Bereich der Rangordnung gibt es Überschneidungen.

Neben der Positionierung einzelner Bevölkerungsgruppen in der gesellschaftlichen Statushierarchie stellt die Gerechtigkeit der Verteilung knapper und begehrter Güter eine auch politisch relevante Dimension der sozialen Ungleichheit dar. Soziale Ge-

rechtigkeit gehört zu den zentralen Werten wohlfahrtsstaatlich organisierter Gesellschaften. Sie ist eine Dimension, die sich auf die Akzeptanz und Legitimation von Verteilungen und Austauschrelationen bezieht und stellt zweifellos auch einen Wertmaßstab dar, an dem die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland gegenwärtig gemessen wird.

Drei von vier Ostdeutschen glauben weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten

Bei der distributiven Gerechtigkeit der Verteilung materieller Ressourcen und Belohnungen geht es vor allem um die Frage, ob jedes Mitglied der Gesellschaft den Anteil am Gesamtprodukt erhält, der ihm auf-

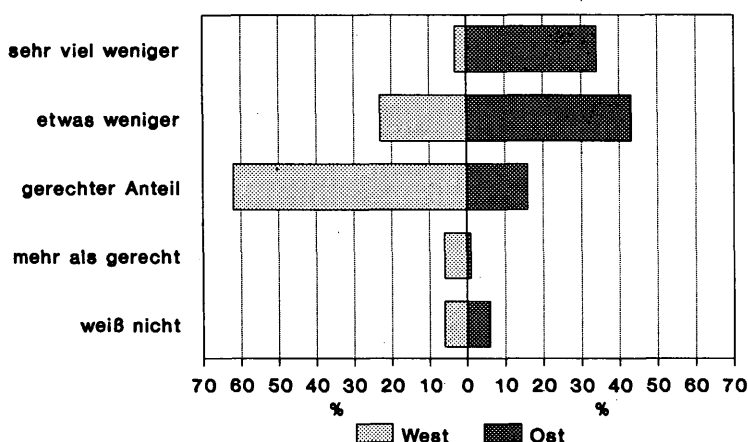
grund allgemein akzeptierter Wertvorstellungen zusteht. Die Verteilung der Antworten auf die Frage: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben sie, daß Sie ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger als Ihren gerechten Anteil oder sehr viel weniger?“ dokumentiert, wie gewaltig sich die Deutschen in Ost und West in der Beurteilung der Gerechtigkeit, die ihnen hinsichtlich ihrer Lebensbedingungen widerfährt, unterscheiden: Während zwei Drittel aller Westdeutschen erklären, ihren gerechten Anteil oder sogar mehr zu erhalten, sind mehr als drei Viertel aller Ostdeutschen davon überzeugt, nicht den Anteil zu bekommen, der ihnen gerechterweise zustünde (Graphik 4). Jeder dritte Bewohner der neuen Bundesländer gibt sogar an, nicht nur etwas, sondern sehr viel weniger als seinen gerechten Anteil an dem zu erhalten, was die Gesellschaft an Ressourcen und Belohnungen, d.h. Lebenschancen zu verteilen hat.

Die subjektive Überzeugung, ungerechtfertigterweise schlechtergestellt zu sein als andere, nimmt mit der Höhe des sozialen Status ab, ist aber über sämtliche Bevölkerungsgruppen hinweg im Osten Deutschlands deutlich stärker ausgeprägt als im Westen. Wie die Aufgliederung nach der sozialen Lage ergibt, reicht der Prozentsatz derjenigen, die glauben weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, in keiner der westdeutschen Statuskategorien an die Werte der entsprechenden Kategorien der ostdeutschen Bevölkerung heran (Graphik 5). In einzelnen Statusgruppen - z.B. bei den un- und angelernten Arbeitern - erreicht der Anteil derjenigen, die das Verteilungsergebnis als ungerecht betrachten, in den neuen Bundesländern über 90 Prozent und unterschreitet in keiner der Kategorien 60 Prozent.

Diese und andere Befunde deuten darauf hin, daß die Befragten in den neuen Bundesländern auch bei der Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit nicht die eigene Bevölkerung als Bezugsgruppe heranziehen, sondern sich an westdeutschen Standards orientieren. „Im Vergleich dazu wie andere in Deutschland leben“ bedeutet ganz offensichtlich für die Mehrzahl der Ostdeutschen „wie die Westdeutschen leben“, und daran gemessen erscheint ihnen ihr Anteil weit davon entfernt, gerecht zu sein.

Die innere Spaltung, die in der Empfindung des „zu kurz kommens“ und der Wahrneh-

Graphik 4: Im Vergleich dazu wie andere in Deutschland leben: Gerechter Anteil?



Datenbasis: ALLBUS 1991

mung einer - gemessen am eigenen Abschneiden - ungerechten Verteilung der Lebenschancen bei der ostdeutschen Bevölkerung zum Ausdruck kommt, birgt nicht nur ein beachtliches Konfliktpotential für zukünftige Verteilungsauseinandersetzungen, sondern kann auf längere Sicht auch eine Bedrohung für die Legitimation und Stabilität der politischen Ordnung darstellen. Ob es dazu kommt, wird nicht zuletzt auch davon abhängen, in welchem Umfang und auf welcher Basis soziale Ungleichheiten generell - d.h. über die Beurteilung der eigenen Position hinaus - als gerechtfertigt und akzeptabel angesehen werden und inwieweit sich die Ostdeutschen darin von den Westdeutschen unterscheiden.

Ob soziale Ungleichheit als gerechtfertigt angesehen und akzeptiert wird, hängt sowohl davon ab, worauf bestehende Unterschiede der materiellen Lebensbedingungen und des sozialen Ranges zurückgeführt als auch in welchem Umfang die normativen Prinzipien, die der Verteilung zugrundeliegen, allgemein geteilt werden. Einige der verschiedenen Dimensionen der Rechtfertigung und Akzeptanz sozialer Ungleichheit wurden im Rahmen der ALLBUS-Basiserhebung über eine Frage danach operationalisiert, „wie es in Deutschland mit den sozialen Unterschieden tatsächlich aussieht und wie es sein sollte“.

Leistungsprinzip im Osten nicht weniger anerkannt als im Westen

Die Frage ob - wie die funktionalistische Schichtungstheorie behauptet - soziale Ungleichheit als funktional erforderlich angesehen wird, um eine ausreichende Leistungsmotivation zu gewährleisten, wird mit der Aussage angesprochen, „nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung“. Diese Form der Rechtfertigung sozialer Ungleichheit wird in den alten, aber auch in den neuen Bundesländern jeweils von einer Mehrheit der Bevölkerung - 64 Prozent der Westdeutschen und 58 Prozent der Ostdeutschen - geteilt. Daß die Differenz zwischen Ost und West so gering ausfällt mag zunächst überraschen, ist aber weniger erstaunlich, wenn man bedenkt, daß die geringe Differenzierung der Einkommen und das weitgehende Fehlen von Leistungsanreizen in der DDR ein zentraler Gegenstand der Kritik war und darin auch eine wesentliche Ursache für die unzureichende Effektivität der Wirtschaft gesehen wurde.

Auch die Vermutung, die Ostdeutschen könnten im Vergleich mit den Westdeutschen dem Leistungsprinzip für die Verteilung des Einkommens einen geringeren und Bedarfskriterien einen höheren Stellenwert beimessen, bestätigt sich nicht. Mit 47 Prozent im Westen und 49 Prozent im Osten sind es jeweils weniger als die Hälfte der Befragten, die der Aussage zustimmen, daß das Einkommen sich nicht allein nach der Leistung des einzelnen richten, sondern vielmehr jeder das haben solle, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht. In Ost und West gleichermaßen unumstritten ist dabei jedoch, daß der Staat dafür zu sorgen hat, daß ein Bürger auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat. Lediglich 1 Prozent der Ostdeutschen und 10 Prozent der Westdeutschen betrachten es nicht als Aufgabe des Staates, die Bürger gegen die grundlegenden sozialen Risiken abzusichern und damit die negativen Auswirkungen einer uneingeschränkten Anwendung des Leistungsprinzips zu begrenzen.

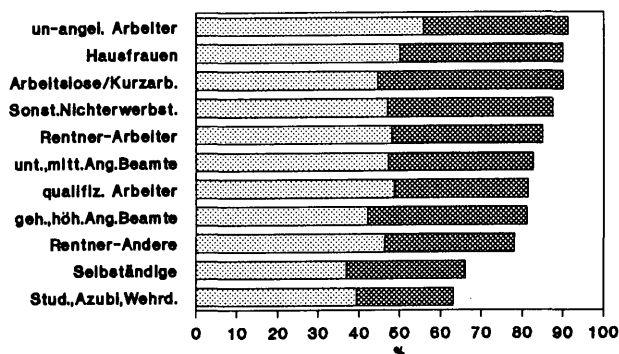
Während die Prinzipien, die der Verteilung zugrunde liegen sollen, ähnlich beurteilt werden, unterscheiden sich die Auffassungen, ob und wodurch soziale Ungleichheit gerechtfertigt erscheint, in Ost und West zum Teil beträchtlich. Am geringsten sind sie noch im Hinblick darauf, ob soziale Unterschiede als Resultat einer der eigenen Verantwortung unterliegenden differentiellen Nutzung von Chancen betrachtet werden kann. Gleichwohl ist die Zustimmung zu der Aussage „die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat“, in der westdeutschen Bevölkerung mit einem Anteil von 53 Prozent höher als in der ostdeutschen Bevölkerung mit 45 Prozent. Wie es scheint, wird soziale Ungleichheit von den Ostdeutschen nicht in gleichem Maße wie im Westen als das Ergebnis individuellen und selbst zu verantwortenden Handelns angesehen.

Stellenwert individueller Anstrengungen im Westen höher als im Osten

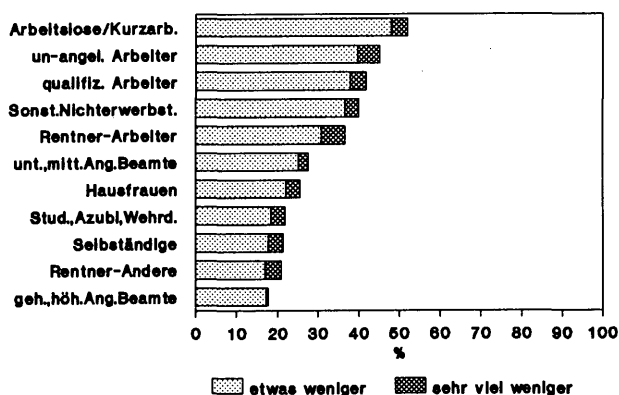
Stellenwert individueller Anstrengungen im Westen höher als im Osten

Für diese Interpretation spricht auch, daß die Bedeutung individueller Anstrengungen im Vergleich zu kollektiven Entscheidungen und den äußeren, d.h. individuell nicht beeinflussbaren, Umständen für das eigene Wohlergehen im Westen und Osten Deutschlands sehr unterschiedlich beurteilt wird. Der Aussage „was man im Leben bekommt, hängt gar nicht so sehr von den eigenen Anstrengungen ab, sondern von der Wirtschaftslage, der Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Tarifabschlüssen und den Sozialleistungen des Staates“, stimmt zwar

**Graphik 5: Im Vergleich dazu wie andere
in Deutschland leben: Gerechter Anteil?
Ostdeutschland**



Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1991

mit 56 Prozent auch eine Mehrheit der Westdeutschen zu, aber der Anteil ist doch sehr viel geringer als in den neuen Bundesländern, wo diese Auffassung drei Viertel aller Bürger teilen. Hier läßt sich eine gewisse Bestätigung für die Ansicht finden, daß die Bevölkerung der ehemaligen DDR ihr Heil mehr in kollektiven Lösungen als in der Initiative des Einzelnen suche. Der Befund kann aber auch als durchaus realistische Definition einer Situation interpretiert werden, in der die persönlichen Lebensumstände in ganz besonderem Maße durch den Zusammenbruch der alten und den Aufbau neuer Strukturen und Institutionen geprägt werden und dem einzelnen

Bürger nur ein begrenzter Handlungsspielraum zur Verfügung steht.

Mit der Aussage „ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht“ wird gegenüber der bereits angesprochenen Gerechtigkeit des individuellen Anteils am Gesamtprodukt die Legitimation der gesamten Ungleichheitsstruktur thematisiert. Auch aus dieser Perspektive bestätigt sich für die neuen Bundesländer das bereits identifizierte Legitimationsdefizit: Nur eine Minderheit von 15 Prozent sieht die wahrgenommenen sozialen Unterschiede als gerecht an, gegenüber einem Anteil von 48 Prozent in der

westdeutschen Bevölkerung. Bemerkenswerterscheint dabei, daß der Anteil derjenigen Befragten, die glauben, selbst ihren gerechten Anteil zu erhalten, im Westen erheblich größer ist als der Anteil derjenigen, die die Verteilung insgesamt als gerecht betrachten, während die entsprechenden Anteile im Osten der Größenordnung nach identisch sind.

Ostdeutsche egalitärer eingestellt als Westdeutsche

Faßt man die einzelnen genannten Items der Einstellung zu sozialer Ungleichheit durch eine einfache Addition der Skalenwerte zu einem Gesamt-Index zusammen, wird deutlich, daß die ostdeutsche Bevölkerung soziale Ungleichheit insgesamt kritischer beurteilt und egalitärer eingestellt ist als die westdeutsche. Für den Bereich der neuen Bundesländer errechnet sich ein Indexwert von 6,5 auf der von 0 bis 18 reichenden Skala, gegenüber einem Wert von 8,2 in Westdeutschland, wobei ein niedriger Skalenwert eine eher kritisch-egalitäre, ein hoher Skalenwert dagegen eine eher affirmativ-legitimierende Haltung indiziert. Für die alten und die neuen Bundesländer gilt gleichermaßen, daß mit der Präferenz von konservativen oder liberalen Parteien der Tendenz nach affirmativ-legitimierende und mit der Präferenz von Parteien, die im politischen Spektrum eher links stehen, kritisch-egalitäre Einstellungen gegenüber der sozialen Ungleichheit verbunden sind. Im Westen wie im Osten ist zudem festzustellen, daß mit der Höhe des sozialen Status affirmativ-legitimierende Einstellungen zunehmen: Wer zu denjenigen gehört, die das Verteilungssystem begünstigt, hat an der sozialen Ungleichheit erwartungsgemäß weniger auszusetzen als diejenigen, die es benachteiligt.

So unterschiedlich wie die objektiven Lebensbedingungen in Deutschland-Ost und Deutschland-West gegenwärtig noch sind, so sehr unterscheiden sich - das dokumentieren die dargestellten Ergebnisse - West- und Ostdeutsche auch in ihrer Wahrnehmung, Legitimation und Akzeptanz der sozialen Ungleichheit. Das Bewußtsein der neuen Bundesbürger in der gesellschaftlichen Hierarchie in ihrer Gesamtheit weit unten, d.h. vor allem unterhalb der westdeutschen Bevölkerung, zu stehen, die kollektive Überzeugung der Unterprivilegierung sowie die generelle Wahrnehmung einer ungerechten Verteilung des Reichtums deuten ein Konfliktpotential an, das

Graphik 6: Zustimmung zu Ungleichheitsitems

Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen

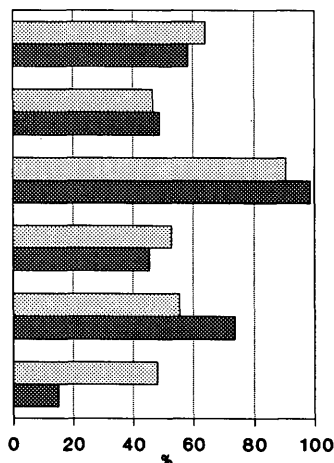
Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht

Der Staat muß dafür sorgen, daß man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat

Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat

Was man im Leben bekommt, hängt gar nicht so sehr von den eigenen Anstrengungen ab, sondern von der Wirtschaftslage, der Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Tarifabwärtungen und den Sozialleistungen des Staates

Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht



Datenbasis: ALLBUS 1991

West Ost

den Prozeß der Integration und Verwirklichung der „inneren Einheit“ nachhaltig belasten kann. Daß mit der zu erwartenden sukzessiven Angleichung der objektiven Lebensbedingungen zugleich auch die bestehenden Ressentiments abgebaut werden, scheint keineswegs sicher, falls auch in diesem Zusammenhang das als Tocqueville-Effekt bezeichnete Paradox gilt, daß mit

der Verringerung der Ungleichheit die Aufmerksamkeit und Empfindlichkeit gegenüber der verbleibenden Ungleichheit nicht abnimmt, sondern wächst.

Heinz-Herbert Noll
Friedrich Schuster
(Tel.: 0621/18004-14)

Umwelt und Lebensbedingungen

Bericht des OECD-Sekretariats zur Umweltsituation

Fast täglich erscheinen in den Medien Meldungen zu Umweltthemen wie beispielsweise Klimaveränderung, bedrohte Tierarten oder Luftbelastung. Während an isolierten Problem- und Zustandsbeschreibungen kein Mangel herrscht, so fehlt doch in der Regel eine aussagekräftige Gesamtsicht der Umweltsituation. In diese Lücke stößt der Globalreport „The State of the Environment“ des OECD-Sekretariats, der die Umweltberichterstattung dieser Institution fortsetzt. Er baut auf den Erfahrungen früherer Publikationen auf und enthält erstmals einen beigefügten zweiten Band mit einem Umweltindikatorensystem. Der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung der OECD mit der Umweltproblema-

tik ist deren Ziel, die ökonomische Entwicklung ihrer Mitgliedsländer zu fördern und auf eine dauerhafte und tragfähige Basis zu stellen. Grundbedingung hierfür ist die Existenz eines intakten Ökosystems, welches in ausreichendem Maße natürliche Ressourcen für den Wirtschaftsprozess bereitstellt und entstehende Belastungen ohne Gefährdung der Lebensgrundlagen toleriert. Aus der Sicht der OECD werden viele der akuten und erkennbaren Umweltprobleme durch die externen Effekte industriegesellschaftlicher Produktions- und Konsumprozesse gerade in den hochindustrialisierten OECD-Mitgliedsländern verursacht. Aus der Erkenntnis der Gefährdung von Wachstumszielen durch ökologische Faktoren er-

gibt sich die Notwendigkeit einer stärkeren Integration von ökonomischen und ökologischen Überlegungen bei den umwelt- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der kommenden Jahrzehnte.

Der vorliegende Bericht soll als Informationsgrundlage für eine derartige verstärkte Integration dienen und wesentliche Entwicklungen und Problembereiche der Umweltsituation darstellen. Hierbei werden nicht nur einzelne Aspekte der Umweltbelastung wie beispielsweise Schädigung der Erdatmosphäre, Luftverschmutzung und Wasserbelastung behandelt, sondern auch auf deren ökonomischen und soziodemographischen Entstehungskontext in den Bereichen Landwirtschaft, industrielle Produktion, Verkehr, Energie und Bevölkerungsentwicklung eingegangen.

Knapp und präzise, ohne den Leser mit technischen Details zu überlasten, wird mit vielen sorgfältig recherchierten Fakten ein Überblick über die Umweltsituation vermittelt. Auf einer Datengrundlage, die bis zum Beginn der siebziger Jahre zurückreicht sowie ergänzenden empirischen Informationen und Materialien wird ein umfassendes Bild von aktuellen Entwicklungen und Trends, Erfolgen wie auch Problemen im Umweltbereich vermittelt und durch Fallbeispiele aus einzelnen Mitgliedsländern ergänzt. Positiv fällt auch die gelungene tabellarische und graphische Präsentation der Daten auf.

So werden beispielsweise im Kapitel zur Luftreinhaltung die Erfolge umweltpolitischer Maßnahmen bei der Reduktion „klassischer“ Schadstoffe wie Schwefeldioxid und Staubemissionen nachgezeichnet. Hierbei zeigt sich in den OECD-Ländern seit Beginn der 70er Jahre ein Rückgang der Emissionen zwischen 30 und 85 Prozent. Gleichzeitig wird jedoch in den Schlußfolgerungen zu diesem Kapitel auf verbliebene oder neue Probleme wie steigende Stickoxidemissionen oder die zunehmende Bedeutung organischer Verbindungen bei der Ozonbildung in den unteren Atmosphärenschichten hingewiesen. Als Hauptverursacher kann hierbei der Straßenverkehr gelten, dessen Nettoemissionen aufgrund des kontinuierlich anwachsenden Verkehrsaufkommens schneller zunehmen als durch strengere Abgasgrenzwerte kompensiert werden kann. So geht aus dem Kapitel zum Umweltproblem Verkehr hervor, daß dieser 1988 in der Bundesrepublik Deutschland für 65 Prozent der Stickoxidemissionen und für 74 Prozent der Kohlenmonoxidemissionen verantwortlich war. Im internationalen Vergleich wird deutlich, daß die